

# ifs-Prüfbericht: Mehr Abstimmung mit dem Land

Der Rechnungshof bescheinigt dem Institut für Sozialdienste (ifs) insgesamt eine gute Arbeit, hat aber auch Verbesserungsvorschläge.

In Teilen gibt es Anpassungsbedarf, aber insgesamt können wir ein gutes Zeugnis ausstellen“, fasste die stellvertretende Rechnungshof-Direktorin Karin Jenny-Url gestern in Vertretung des krankheitsbedingt abwesenden Direktors Herbert Schmalhardt das Ergebnis der ifs-Prüfung zusammen. Eine Prämiendiskussion vor rund eineinhalb Jahren hatte den Rechnungshof veranlasst, die Prüfung des Instituts für Sozialdienste vorzuziehen. Dass relativ lang geprüft wurde, hänge mit der komplexen Unternehmensstruktur zusammen, die aus fünf Rechtsträgern bestehe, erläuterte Jenny-Url. Ihren Schwerpunkt legten die Prüfer dabei auf die ifs GmbH.

## Klare Strategie notwendig

Im Jahr 2012 erhielten die ifs-Gesellschaften rund 18 Millionen Euro vom Sozialfonds des Landes. Das macht 80 Prozent der Kosten aus. Das sehr dynamische Wachstum des ifs in den letzten Jahren sei vom



Vizedirektorin Karin Jenny-Url.  
LANDES-RECHNUNGSHOF

Land initiiert und auch finanziert worden, sagte die Prüferin. Die größte Zunahme gab es dabei im Bereich integrative Assistenzleistung für Menschen mit Behinderung und in der Kinder- und Jugendhilfe, was auf den Anlassfall Cain zurückzuführen sei.

Allerdings brauche es für die Zukunft eine klare Strategie bezüglich Wachstum und Ausrichtung. Und diese sollte laut Rechnungshof nicht unabhängig von der sozialpolitischen Linie des Landes beziehungsweise in Absprache mit dem größten Geldgeber erfolgen. Wobei der Rechnungshof eine klare Fokussierung auf Schwerpunkte als für sinnvoller erachtet als ein Weiterwachsen wie bisher, sagte Jenny-Url.

Weiteren Anpassungsbedarf sieht der Rechnungshof in der Leistungserfassung. So erfolge derzeit die Stundenerfassung auf Halbstundenbasis, die auch die Grundlage für die Abrechnung mit dem Sozialfonds liefere. „Wenn jemand 70 Minuten beschäftigt ist, werden 90 Minuten abgerechnet“, lieferte Jenny-Url ein Beispiel. Hier empfiehlt der Rechnungshof kleinere Einheiten verbunden mit einer durchgängigen Dokumentation von direkten und indirekten Klientenkontakten.

## Zu geringe Beiträge

Kritisiert wird vom Rechnungshof auch, dass die Erlöse aus den Kostenbeiträgen der Klienten trotz ausgebauter Leistung abgenommen haben: von 200.000 Euro im Jahr 2002 auf 160.000 Euro im Jahr 2012.



Ob und wie viel Klienten bezahlen, wird derzeit zwischen Berater und Klient festgelegt. Laut dem Rechnungshof sollte ein gewisser Unkostenbeitrag von jedem Klienten geleistet werden, mit genau definierten Ausnahmen. Zudem sollte es klare Vorgaben für die Berater geben, um mit der Ausdehnung des Beratungsvolumen auch die Kostenbeiträge „sozialverträglich“ erhöhen zu können.

In Hinblick auf die Gehälter der über 400 ifs-Mitarbeiter hat der Rechnungshof festgestellt, dass diese im Mai 2013 4,8 Prozent über dem Kollektivvertrag lagen. Allerdings würden sich diese Überzahlungen durch den seit Februar 2014 geltenden neuen Kollektivvertrag in Zukunft verringern. In den letzten sechs Jahren seien zudem mehrfach die eingangs erwähnten Jubiläumsprämien ausbezahlt

worden – in einer Höhe von insgesamt 430.000 Euro, was durchschnittlich fast 700 Euro pro Mitarbeiter ausmache. „Das ist nicht branchenüblich“, stellte dazu die stellvertretende Direktorin fest, die allerdings einschränkend hinzufügte, dass diese Summe nur ein halbes Prozent des Personalaufwands ausmache und das ifs dafür bei anderen Dingen eingespart habe. Dennoch hält es der Rechnungshof für sinnvoll, derartige Prämien in Zukunft mit dem Land abzustimmen.

## Reaktionen

Insgesamt solle der Prüfbericht helfen, mehr Transparenz bei steigenden Sozialausgaben herzustellen, um die Mittel effizient einzusetzen und Sozialleistungen auch in Zukunft zu ermöglichen, wie Jenny-Url abschließend erklärte.

In einer Reaktion auf den